



Antrag

der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, SPD und SSW,
CDU und FDP

Aufklärung über Asbestmülltransporte durch und nach Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Asbestfasern führen bereits in sehr geringen Konzentrationen bei Einatmung mit hoher Wahrscheinlichkeit zu schweren Krebserkrankungen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann nicht ausgeschlossen werden, dass die geplanten Transporte von hochgiftigem Asbestmüll durch unser Land mit Risiken für die Bevölkerung verbunden sind.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. dem Landtag in der 23. Tagung einen schriftlichen Bericht über die geplanten Asbestmülltransporte durch und nach Schleswig-Holstein und die geplante Lagerung auf den Deponien Rondeshagen und Ihlenberg zu geben, insbesondere darüber
 - ob eine dauerhafte Sicherung der Halde in Wunstorf-Luthe nicht einer Umlagerung vorzuziehen ist und über diesbezügliche Gespräche mit der Landesregierung von Niedersachsen
 - welche Gefahren mit Umlagerung und Transport verbunden sind
 - warum die Transporte nicht in „Big Bags“ durchgeführt werden sollen
 - ob eine gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung und der an der Umlagerung und am Transport beteiligten MitarbeiterInnen ausgeschlossen werden kann
 - ob die Einhaltung der Regelungen des Bundesamtes für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin gewährleistet ist.

2. Die betroffene Bevölkerung entlang der Transportroute und im Umfeld der Deponien Rondeshagen und Ihlenberg vor Abschluss eines Vertrages zwischen der Deponie Rondeshagen und Niedersachsen und vor Beginn der Transporte umfassend zu informieren, insbesondere bezüglich des Umfangs der Transporte, der möglichen Gefahren sowie der getroffenen Sicherheitsvorkehrungen. Dazu soll eine öffentliche Veranstaltung durchgeführt werden, in denen die Bevölkerung Gelegenheit bekommt, bestehende Bedenken vorzubringen.
3. Sicherzustellen, dass die Transporte nur dann stattfinden, wenn durch unabhängige Begutachtung Dritter ein Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung ausgeschlossen werden kann.

Begründung:

Derzeit ist geplant eine bestehende Halde mit asbesthaltigen Abfällen an einem ehemaligen Zementproduktionsstandort in Wunstorf-Luthe bei Hannover vollständig abzutragen und auf Deponien in Schleswig-Holstein (Rondeshagen) und Mecklenburg-Vorpommern (Ihlenberg bei Schönberg) zu verbringen. Es handelt sich dabei um ein Volumen von ca. 170.000 Tonnen. Diese Abfälle enthalten ca. 3 bis 7 Prozent Asbest. Der Standort in Wunstorf-Luthe wurde in den 70er Jahren als Produktionsstandort geschlossen und ist nicht als Sonderabfalldeponie zugelassen.

Asbest ist vor allem bei einer Umlagerung gefährlich, weil Asbestfasern in die Umgebungsluft gelangen und eingeatmet werden können. Es stellt sich daher die Frage, ob eine dauerhafte, sichere Lagerung am jetzigen Standort durch Abdichtung der bestehenden Halde nicht die bessere Alternative wäre.

Umlagerung und Transport sind mit hohen Risiken verbunden. Falls diese Transporte dennoch nötig sein sollten, müssen ausreichende Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden, um sowohl die Bevölkerung als auch die mit Umlagerung und Transport beschäftigten ArbeiterInnen vor Gesundheitsgefährdung zu schützen. Beim derzeit vorgesehenen Verfahren (loser Transport in LKW mit Abdeckung durch Schaumschicht und Plane) bestehen erhebliche Zweifel, ob dies der Fall ist.

Marlies Fritzen
und Fraktion

Antje Jansen
und Fraktion

Peter Eichstädt
und Fraktion

Flemming Meyer
und Fraktion

Dr. Michael von Abercron
und Fraktion

Günther Hildebrand
und Fraktion